



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD**

Für ein buntes Bayern jetzt – Schule der Vielfalt auch in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in allen Schulstufen und allen Schulformen stärker sichtbar zu machen.

Um dies zu erreichen, soll sie insbesondere in den folgenden Bereichen aktiv werden:

1. Die „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus werden im Hinblick auf eine verstärkte Berücksichtigung nicht-traditioneller Rollen- und Familienbilder überarbeitet. Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität sind als gleichwertige Formen menschlicher Sexualität und Geschlechtsidentität im Schulunterricht darzustellen.
2. Lehr- und Lernmaterialien: Die Staatsregierung soll in den allgemeinen Kriterienkatalog zur Zulassung neuer Lehr- und Lernmittel gemäß § 5 der Verordnung über die Zulassung von Lernmittel (ZLV) die gleichwertige Darstellung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt aufnehmen. Darüber hinaus soll die Staatsregierung in der Kultusministerkonferenz die Initiative ergreifen, um die Schulbuchverlage zu einer gleichwertigen und vorurteilsfreien Darstellung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu bewegen.
3. Unterstützung der Schulen: Schulen sollen angeregt werden, in ihren partizipativ entwickelten Schulkonzepten die LSBTIQ*-Themen angemessen zu berücksichtigen. Schulen sollen bei der Entwicklung von Anti-Mobbing-Projekten sowie bei der Elternarbeit zur Vermittlung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt unterstützt werden.
4. Beratung und Aufklärung: Die Staatsregierung soll eine landesweite Initiative zur Schulaufklärung im Themenfeld sexuelle und geschlechtliche Vielfalt starten und dafür eine hauptamtliche Koordinationsstelle mit einem Pool von ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer aufbauen. Es sollen unabhängige Beschwerdemöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler eingerichtet werden. In einem Beratungs- und Handlungsleitfaden sollen Hinweise und Richtlinien für den Umgang mit transidenten und intergeschlechtlichen Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Ein landesweit mobiles Beratungsangebot zur Begleitung und Beratung bei Coming-Out und Transition von transidenten Schülerinnen und Schülern soll aufgebaut werden.
5. Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Schulpsychologinnen und -psychologen: LSBTIQ*-Themen sollen in allen Phasen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung gestärkt werden. Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollen schon in der ersten Phase ihrer Ausbildung eine klare Haltung und Techniken zur Intervention in Bezug auf diskriminierendes Verhalten erwerben. Schulpsychologinnen und

-psychologen sollen Beratungskompetenzen hinsichtlich LSBTIQ*-Themen u. a. zu Fragen der Transition von transidenten Personen oder bei Konflikten in Schulklassen oder an Schulen, z. B. im Zusammenhang mit Coming-out-Prozessen oder Outings, erwerben.

6. Sportunterricht: Geschlechterdifferenzierte Angebote im Sportunterricht sollen zugunsten von Mixed-Sport-Angeboten reduziert werden um einen sensiblen Umgang mit als geschlechtsuntypisch wahrgenommenem Verhalten im Sportunterricht sicherzustellen.

Begründung:

Die Schule ist – wie auch die Kindertagesstätten, Horte und Jugendzentren – eine wichtige Informationsquelle und ein zentraler Ort der Bildung und Sozialisation außerhalb des Elternhauses und somit im besten Sinne ein Fenster zur Welt für junge Menschen. Leider ist Schule nicht selten auch ein Ort für Mobbing, Diskriminierung und Vorurteile (vgl. Krell, Claudia (2016): Coming-out – und dann...?! Deutsches Jugendinstitut). Als Schimpfwörter eingesetzte Begriffe wie „Schwul“, „Kampfliebe“ oder „Transe“ machen auch um Schulhöfe in Bayern keinen Bogen. Zahlen aus der „Schulklimabefragung 2018“ des Pädagogischen Instituts mit mehr als 50 000 befragten Schülerinnen und Schülern in München zeigen, dass Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung deutlich häufiger ist, als aufgrund des Geschlechts, des Wohnorts oder der Hautfarbe. So beantworteten an Realschulen nur 64 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Frage mit „Ja“, ob man an ihrer Schule unabhängig von der sexuellen Orientierung akzeptiert werde; 81 Prozent waren es an Gymnasien und 87 Prozent an Berufsschulen.

Heterogenität ist Normalität an Bayerns Schulen, auch wenn sie sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. So werden Transidentität und Intersexualität und damit transidente und intergeschlechtliche Menschen im Unterricht bisher äußerst unzureichend berücksichtigt. Pädagoginnen und Pädagogen und das gesamte System Schule sind aufgefordert und herausgefordert, sich dieser Vielfalt zu stellen. Erforderlich ist eine Pädagogik, die Verschiedenartigkeit nicht als Hemmnis sieht, sondern als Vorteil für menschliche Entwicklungsprozesse und die die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler als durchgängiges Prinzip des Lehrens und Lernens versteht. Ziel ist, dass allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität bzw. ihrer sexuellen Orientierung gerechte Bildungschancen geboten werden. Die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sollen dabei nicht auf die Sexualerziehung reduziert werden, sondern im Schulalltag in alle Fächer und Themenbereiche hineinspielen.